

42. FORUM

27. Jänner 2015

MITREDEN – MITBESTIMMEN – MITGESTALTEN

Mehr (direkte) Demokratie in Graz!

Zu den wichtigsten Aufgaben des Bürger-Beteiligungs-Beirats gehören Mitarbeit und Beratung bei Bemühungen der Stadt um eine Weiterentwicklung von verschiedensten Formen der Bürgerbeteiligung, dieser Aufgabe ist der Beirat vor allem durch eigene Initiativen in den vergangenen Jahren bereits mehrfach nachgekommen:

- 2009 – 2013: Begleitung der Umsetzung der Projekte aus „Zeit für Graz“, insbesondere für den Themenbereich „Wir sind die Stadt“ (u.a. für mehr Bezirksdemokratie)
- Herbst 2010: Richtlinien für Grazer BürgerInnen – Umfragen
- Frühjahr 2011: Vorstellung des „Salzburger Modells“ im Beirat
- Herbst 2011: Öffentliche Sitzung und Diskussion, Leitlinien für Graz
- Sommer 2012: Vorarbeiten zur Umfrage Reininghaus
- Herbst 2012: Projektkonzept für Entwicklung von Leitlinien (GR-Beschluss)
- ab Beginn 2013: Mitarbeit am Leitlinien – Projekt
- Sommer – Herbst 2013: im Beirat Vorschlag zur Novellierung des Stmk. Volksrechtegesetzes (VRG), Unterstützung des Vorhabens durch Vorsitzenden Stadtrat Dr. Rüsich und grundsätzliche Zustimmung der VertreterInnen aller GR-Fraktionen

Eine Novellierung des Stmk. VRG entspricht aktuellen Tendenzen zur Stärkung direkter Demokratie, d.h. sie müsste vor allem eine Erleichterung des Zugangs zu Initiativen beinhalten, also eine Senkung der notwendigen Zahl von Unterstützungsunterschriften, den Einbau bindender Volksentscheide und Möglichkeiten zur Online-Beteiligung.

Für die Entwicklung eines speziell für die Stadt Graz maßgeschneiderten Pakets direktdemokratischer Einrichtungen ist zu klären, ob anstelle einer Novellierung des allgemein geltenden Stmk. VRG nicht auch eine Änderung des Stadtstatuts in Frage kommt.

In jedem Fall müssen für die Entwicklung direkter Demokratie in Graz folgende Punkte berücksichtigt werden:

- breite Unterstützung durch alle GR – Parteien ist Voraussetzung
- Einsetzen eines eigenen GR-Ausschusses und Festlegen eines verbindlichen Zeitplans
- eine Einbindung externer Experten ist sinnvoll und notwendig: zuständige Beamte des Landes, Plattform „mehr demokratie!“, Politikwissenschaftler wie z.B. Prof. Dr. Poier
- Übernahme grundlegender Ideen des „Salzburger Modells“
- Einbau aktueller Vorschläge aus dem Grazer Gemeinderat wie BürgerInnen – Umfrage und Bürgerpetition